



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**
Sitzungsort : **Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal**
Sitzungstag : **Donnerstag, 21.03.2019**
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**
Sitzungsende : **19:45 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp
Frau Nadine Diekmann
Frau Katja Hänsel
Frau Kerstin Horstmann
Herr Bastian Kirsch
Herr Hubert Kobrink
Herr Bonito Kohaus
Frau Elisabeth Meinders-Koeper
Herr Helmut Mittelbach
Herr Uwe Opitz
Frau Lena Stepien
Herr Florian Westerwalbesloh
Herr Michael Zimmersch
Herr Arno Zurbrüggen

Herr Mittelbach als Vertreter bis 19.45 Uhr

Herr Kohaus für Herrn Post

Vertretung für Frau Hänsel

Verwaltung

Herr Jan Christopher Bräutigam
Frau Mechthild Gröver
Herr Jakob Schmid

Schriftführerin

Frau Hannelore Rampelmann

Gäste

Frau Esther Luppe
Frau Anja Radner
Ansprechpartner Dr. Ansgar Seidel

Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.
Mütterzentrum Beckum gGmbH
Jobcenter im Kreis Warendorf

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Muzaffer Ibik
Frau Birgit Klashinrichs
Herr Ludger Lücke
Herr Holger Post
Frau Svea Stehmann
Herr Martin Wilke

Herr Kohaus als Vertreter
bis 19.30 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung

Seite:

1. Befangenheitserklärungen
2. Niederschrift über die Sitzung vom 15.11.2018
3. Bericht aus dem Jobcenter Kreis Warendorf
Vorlage: M 2019/500/4247
4. Förderung des Ehrenamtes - Sachbericht Ehrenamtszentrale 2018
Vorlage: M 2019/500/4249
5. Sachbericht Asyl
Vorlage: M 2019/500/4244
6. Vorstellen des Integrationskonzeptes, Frau Radner
Vorlage: B 2019/500/4252
7. Sachbericht SGB XII, 2018
Vorlage: M 2019/500/4245
8. Verschiedenes
- 8.1. Mitteilungen der Verwaltung
- 8.2. Anfragen an die Verwaltung

Die Vorsitzende Frau Hiltrud Krause begrüßt die Anwesenden. Besonders begrüßt Sie heute als Gäste Herrn Dr. Ansgar Seidel, Geschäftsführer des Jobcenters, Kreis Warendorf, Frau Esther Luppe, Ehrenamtskoordinatorin der Ehrenamtszentrale, SkF, sowie Frau Anja Radner vom Mütterzentrum Beckum. Als Vertreterin der „Glocke“ begrüßt Frau Krause Frau Jana Hövelmann.

Einstimmig beschließt der Sozialausschuss, dass der TOP 7 „Förderung des Ehrenamtes – Sachbericht Ehrenamtszentrum 2018“ auf TOP 4 vorgezogen wird und alle anderen TOP in der Reihenfolge entsprechend nach hinten rücken.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Beschluss:

Frau Krause stellt fest, dass sich niemand für befangen erklärt.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 15.11.2018

Beschluss:

Der Ausschuss Familien und Soziales nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 15.11.2018 zur Kenntnis.

3. Bericht aus dem Jobcenter Kreis Warendorf Vorlage: M 2019/500/4247

Herr Dr. Seidel bedankt sich für die Einladung des Sozialausschusses und erklärt, dass er seinen Vortrag in 4 Abschnitte aufgeteilt hat:

- I. Allgemeiner Sachstand
- II. Teilhabechancengesetz
- III. Bildung und Teilhabe
- IV. Leistungsberechtigte mit Fluchthintergrund

Die Präsentation des Vortrages wird dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.
Hier die wichtigsten Fakten:

Herr Dr. Seidel erläutert zunächst die Organisation des Jobcenters Kreis Warendorf. Demnach werden 13 Liegenschaften im Kreis Warendorf mit rd. 230 Mitarbeiter/-innen und einem Jahresbudget von rd. 130 Mio. Euro verwaltet.

Es sind 100 Personen für Passive Leistungen sowie der KdU und der IT-Fachbetreuung zuständig. Weitere 100 Personen bearbeiten die aktivierenden Leistungen. Die restlichen Personen sind in der Verwaltung etc. eingesetzt.

Der Unterschied der Arbeitsagentur zum Jobcenter besteht darin, dass Rechtsgrundlagen der Arbeitsagentur im Sozialgesetzbuch III, hier: Gewährung von Arbeitslosengeld als Versicherungsleistung die des Jobcenters im Sozialgesetzbuch II, hier: Gewährung von Grundsicherung und steuerfinanziert, verankert sind.

Auf Anfrage teilt Herr Dr. Seidel mit, dass in Fällen, in denen Personen die Chance haben, wieder in Arbeit vermittelt werden zu können, auch Darlehen für verschiedene notwendige Ausstattungsgegenstände oder z.B. Zuschüsse zur Erlangung eines Führerscheines gewährt werden.

Herr Dr. Seidel berichtet, dass der Arbeitsmarkt in der Vergangenheit, d.h. in den letzten Jahren sehr aufnahmefähig gewesen ist. Inzwischen aber ist die Arbeit im Jobcenter im Bereich Integration sehr zäh und schwerfällig. Der Rückgang der Bedarfsgemeinschaften für die Gruppe der Flüchtlinge ist u.a. zurückgegangen, weil weniger Menschen als erwartet in unser Land gekommen sind.

Auf die Frage, wie viele erwerbsfähige Leistungsbezieher eine zusätzliche Aufstockung zu ihrem Einkommen erhalten, teilt Herr Dr. Seidel mit, dass es im Jahr 2018 ca. 230 Personen gewesen sind. 50 % der sogenannten „Aufstocker“ haben davon ein geringes Einkommen bis 450 Euro/Monat.

Zu dem Ausbau des Amazon-Marktes teilt Herr Schmid mit, dass Amazon vor Baubeginn den Markt vor Ort sicherlich genau analysiert hat, um Kenntnisse über den Arbeitsmarkt in der näheren und weiteren Umgebung zu erhalten.

Amazon hat bei einem knappen Personalangebot die Möglichkeit, durch höheren Stundenlohn mehr Arbeitnehmer an sich zu binden, wovon der gesamte Arbeitsmarkt profitieren könnte. Die Prognosen des Jobcenters nehmen an, dass rd. 200 Integrationen aus dem SGB II-Bereich kreisweit aufgrund des Amazon-Effektes möglich sind.

Weiter wird auf die komplizierten und immer wieder zu beantragenden Schulbedarfsmittel bei der Bildung und Teilhabe hingewiesen.

Herr Dr. Seidel weist dazu auf das neue Familienstärkungsgesetz hin, das höhere Beträge für die Schulausstattung vorsieht. Anders als in andere Kreiskommunen wurde die Lernförderung in Oelde nur wenig in Anspruch genommen – hier soll verstärkt an den Schulen informiert werden.

Seitens des Ausschusses wird darauf hingewiesen, dass das Jobcenter möglichst qualifizierte Ausbildungsangebote anbieten solle. Denn bei einer geringen Schulausbildung ist der spätere Verdienst der Personen auch nur gering. Das Jobcenter soll auf diesen Zusammenhang unbedingt einwirken. Dies zu vermitteln, sei das Kerngeschäft bei den sogenannten „aktivierenden Leistungen“ betont Herr Dr. Seidel.

Weiterhin werden für Jugendliche „verschiedene Projekte“ gestartet, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, sie auf ihrem Berufsweg zu unterstützen. Es gibt genügend junge Erwachsene und Jugendliche, die sich irgendwann im Jobcenter gemeldet haben, dann aber nicht mehr zurückgekommen sind. Welche Gründe es dafür gibt, konnte Herr Dr. Seidel nicht sagen.

Er berichtet von dem Projekt „ReStart“, das über die Kolpingsfamilie unterstützt wird. Der Sitz für die drei Hauptamtlichen ist in Ennigerloh. Die zugehende Beratung wird mit einem dafür angeschafften Bulli möglich, da außer in den Kommunen mit eigenem Jugendamt (Ahlen, Beckum und Oelde) weitere Anfahrtswege notwendig sind.

Neben Beckum und Ahlen wird auch Oelde eine sogenannte Jugendberufsagentur erhalten. Dieses Projekt steht in Oelde vor der Gründung. Den genauen Termin konnte Herr Dr. Seidel aber nicht nennen. Hier arbeiten die Arbeitsagentur, das Jobcenter sowie die Jugendämter zusammen, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre die Möglichkeit zu geben, ihre Bildungschancen zu erkennen und Unterstützung anzubieten.

Auf Anfrage teilt Herr Dr. Seidel mit, dass unter den Flüchtlingen rd. 40 % Analphabeten sind. Diese Zahl ist sehr ernüchternd. Mindestens 5 Jahre benötigt ein Flüchtling, um für den qualifizierten deutschen Arbeitsmarkt annähernd fit zu werden. Vor jedem weiteren Sprachkurs wird daher geprüft, ob ein höheres Zertifikat erreicht werden kann oder ob es für den Flüchtling die Vermittlung im Helferbereich sinnvoller ist.

Der Ausschuss dankt Herrn Dr. Seidel für den ausführlichen und interessanten Bericht des Jobcenters.

Beschluss:

Der Ausschuss für Familien, Soziales und Senioren nimmt Kenntnis zu den Ausführungen des Herrn Dr. Seidel.

4. Förderung des Ehrenamtes - Sachbericht Ehrenamtszentrale 2018 Vorlage: M 2019/500/4249

Der Sozialdienst Katholischer Frauen e.V. (SKF) bietet mit Frau Esther Luppe seit dem 1.7.2018 das Leistungsangebot der Ehrenamtszentrale Oelde mit 10 Std./Woche an.

Im Kooperationsvertrag II vom 20.03.2018 (Laufzeit 01.07.2018 – 30.06.2021) wurde ein regelmäßiges jährliches Berichtswesen zur Frühjahrssitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren vereinbart.

Frau Luppe berichtet, dass im Erhebungszeitraum 173 Bürger/Innen und 66 Einrichtungen mit ihren Tätigkeitsfeldern für ehrenamtliches Engagement mit insgesamt 81 Angeboten gelistet sind. Die Verwaltung wird mit der Datenbank „Freinet“ durchgeführt.

Weiter positiv ist die Vernetzung des SkF e.V. auf viele Kontakte für die Ehrenamtszentrale. So profitiert die Ehrenamtszentrale auch von Anregungen anderer Fachtage und Fortbildungen.

Anhand der beigefügten Präsentation (siehe Anlage 2a) erkennt man die Aufteilung in die unterschiedlichen Tätigkeitsfelder der Ehrenamtszentrale Oelde und möglichen Engagementfelder. Frau Luppe erklärt den Anteil ihrer Zeitbedarfe der Vermittlung in den unterschiedlichsten Formen.

Hierzu teilt Lena Stepien mit, dass am 6.4.2019 der Stadtputztag in Oelde stattfindet. Sie lädt herzlich ein, sich daran zu beteiligen.

Frau Luppe weist bei ihrem Ausblick 2019 darauf hin, dass der Bekanntheitsgrad der Ehrenamtszentrale erweitert werden muss. Im Zuge der Überarbeitung der Homepage der Stadt Oelde soll die Einbettung des Internetauftritts übersichtlicher und aktueller werden. Auch sollen alle Fragebögen, die im Zusammenhang mit dem Datenschutz überarbeitet werden müssen, insgesamt übersichtlicher und kürzer werden.

Herr Schmid dankt Frau Luppe für ihren Vortrag.

Der vollständige Bericht ist dem Protokoll als Anlage 2b angehängt.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Sachbericht Asyl
Vorlage: M 2019/500/4244

Frau Gröver gibt einen Sachbericht zum Thema „Asyl“.

1. Aufwendungen 2018 im Bereich Asyl – Kostenbeteiligung des Landes an den Flüchtlingskosten der Kommunen (FlüAG-Pauschale)

Seit August 2018 liegen detaillierte Aussagen zu den kommunalen Kosten der Unterbringung und Versorgung für Flüchtlinge vor, dennoch ist die monatliche Flüchtlingspauschale von 866 €/Person bisher nicht auf die notwendige Pauschale von rd. 1075 €/Person rückwirkend zum 01.01.2018 angehoben worden.

Weiterhin offen ist auch die Entscheidung zur Forderung der Kommunen, die Kostenerstattung für geduldete Flüchtlinge nicht länger auf drei Monate nach Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht zu begrenzen, sondern auf die gesamte Aufenthaltsdauer bis zur endgültigen Ausreise auszudehnen. Ebenfalls nicht abschließend geklärt ist die Entscheidung zur vollständigen Weiterleitung der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen.

Realisiert werden konnte im Rahmen der monatlichen FlüAG-Abrechnungen eine Nachforderung für die Abrechnung 2017 in Höhe von 105.652 Euro. Hintergrund waren in den Abrechnungen 2017 zurückgestellte Personen, weil Unstimmigkeiten bei Eintragungen im Ausländerzentralregister (AZR) zum Stand der laufenden Asylverfahren vorhanden waren.

Als Kostenerstattung für Integrationsaufwendungen für den Zeitraum 2015 - 2018 hat die Stadt Oelde anteilig aus der Weiterleitung der Integrationspauschale des Bundes 146.003 € erhalten, wodurch jedoch nur ein Teil des entstandenen Aufwandes (u.a. Kosten der Betreuung) refinanziert wurde.

Zusammenstellung Aufwand Asyl 2018

Im Rahmen der laufenden Asylbewerberleistungen muss die Stadt Oelde Aufwendungen für Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Versorgung mit Wohnraum, soziale Betreuung erbringen. Das Zahlenmaterial für den Gesamtaufwand 2018 präsentiert Frau Gröver dem Ausschuss. Allerdings sind auch hier die Aufwendungen des Gebäudemanagements noch nicht vollständig abgebildet, weil die Jahresabrechnungen des Energieversorgers, des Bauvereins etc. noch nicht vorliegen (siehe Anlage 2, Seiten 5-7).

Das bisherige Rechnungsergebnis 2018 weist ein Minus von rd., 410 TEuro auf, wenn die überschlägig ermittelten internen Kosten für Personal, Overhead etc. hinzugerechnet werden, steigt das Minus um rd. 670 TEuro auf rd. 1.100 TEuro.

2. Situation in den Unterkünften – Kapazitätenplanung 2018 und Folgejahre

Die Renovierungsarbeiten am Gebäude Im Ketzler 13 ziehen sich bis mindestens Herbst 2019 hin, wodurch sich geplante Auszüge anerkannter Personen aus den Übergangwohnheimen verschieben werden. Die Lambertus-Schule übernimmt den Gebäudetrakt an der Schulstraße ab Schuljahr 2019/2020 wieder für den Schulbetrieb und der Mietvertrag für das Gebäude Am Landhagen 94 wurde beendet.

Die Kapazitäten in den Flüchtlingsunterkünften wurden damit um 190 Plätze auf nunmehr 345 Plätze in städtischen und angemieteten Gebäuden reduziert (Bestand vorher: 535 Plätze).

Vorübergehend für die Unterbringung von Flüchtlingen gewidmet und genutzt werden sollen das Doppelhaus an der Wiedenbrücker Straße 15 und 17 (ehemalige Betriebsleiterwohnungen Klärwerk) und die beiden ehemaligen Hausmeisterwohnungen am Jahnstadion/Kreuzstraße 22.

Die aktuelle Belegungssituation zeigt die Abbildung auf Seite 8 der Powerpoint-Präsentation (PPP).

Am Stichtag 26.02.2019 waren die Regelplätze in den Übergangwohnheimen und in angemieteten Privatwohnungen zu etwa 66% belegt. Diese Belegungsquote liegt leicht über der im letzten Ausschuss genannten Höchstbelegungsquote von 65% (der Referenzwert der 100%igen Belegungsquote wurde während der Zeit der starken Zuwanderung 2015/16 festgelegt und bedeutet einen Wohnraumsanspruch von ca. 6 qm pro Person).

Aktuell liegen Zuweisungen für acht Personen (vier Erwachsene, 4 Kleinkinder) vor. Diverse Abschiebungen sind gescheitert, so dass diese Flüchtlinge zunächst weiter in Oelde bleiben werden und Wohnraum benötigen.

Im Augenblick lässt sich eine beengte Belegung in den Unterkünften daher nicht vermeiden.

24 Personen sind aktuell „untergetaucht“, d.h. ihr Aufenthaltsort ist derzeit nicht bekannt, darunter zwei Familien mit insgesamt 9 Personen. Die Personen sind nach negativem Asylverfahren in der Regel ausreisepflichtig.

Abschiebungen/Überstellungen sind 2019 bisher in vier Fällen gescheitert. Die Gründe für das Scheitern einer immer schwierigen Abschiebung sind vielfältig. Zwei Personen sind freiwillig ausgereist.

3. Integration

Nach Hinweisen der Ausbildungsbetriebe und auf Wunsch von Auszubildenden ist ein mit städtischen Mitteln finanzierter Ergänzungskurs Mathematik und Office-Programme für Auszubildende an der VHS gestartet. Hier zeichnet sich ein dauerhaft notwendiger Bedarf ab, weil die meisten Auszubildenden eine Begleitung und ergänzenden Unterricht benötigen.

Die Stadt Oelde beteiligt sich als einzige Kommune aus dem Kreis an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“, die das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) angestoßen hat. Die Initiative wird von den Ministerien für Schule und Bildung, Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie unterstützt. Ziel ist es, für junge Flüchtlinge im Alter von 18 – 27 Jahren eine Ausbildungsperspektive unabhängig von Aufenthaltsstatus und -aussichten zu schaffen. Dazu ist es notwendig, Beteiligte verschiedener Ressorts einzubinden. In einem ersten Schritt sollen die Bedarfe der jungen Flüchtlinge, der Ausbildungsbetriebe etc. ermittelt und vorhandene professionelle und ehrenamtliche Angebote der verschiedenen Beratungs- und Fortbildungsträger gesichtet werden. Weiterhin sollen aus den Ergebnissen der Landesinitiative künftige Förderbedarfe für junge Flüchtlinge eruiert werden.

Landesmittel für eine notwendige Betreuung der Flüchtlinge sind in Aussicht gestellt.

Nach den ersten Treffen zeigt sich, dass die Stadt Oelde mit ihrem Konzept der engen Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge und den dadurch hohen Vermittlungserfolgen in Arbeit und Ausbildung im Vergleich zu anderen Kommunen landesweit sehr gut dasteht und bereits einen großen Teil der Förderbedarfe abdeckt.

Aus dem Bereich Asyl zählen 72 Personen (= rd. 42 % aller Asylbewerber) zu diesem Personenkreis sowie vier unbegleitete Minderjährige über 18 Jahre, die noch vom Jugendamt betreut werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Vorstellen des Integrationskonzeptes, Frau Radner Vorlage: B 2019/500/4252

In der Ratssitzung vom 10.07.2017 wurde beschlossen, das Integrationskonzept der Stadt Oelde aus dem Jahr 2009 fortzuschreiben.

Frau Radner stellt nunmehr den Entwurf des Integrationskonzeptes mit den notwendigen Schritten für Handlungsempfehlungen im Integrationsprozess vor (sh. fortlaufender Text und Tabellen, die bereits mit der Einladung an die Sozialausschussmitglieder verschickt worden sind). Frau Gröver entschuldigt sich, dass anders als in der Einladung zugesagt, aus Versehen keine schriftliche Ausfertigung des Integrationskonzeptes dem Ausschuss zugeschickt worden ist. Gleichwohl hat aber allen Ausschussmitgliedern eine per Mail übermittelte Ausfertigung rechtzeitig vorgelegen. Der Ausschuss will daher wie vorgesehen diesen Tagesordnungspunkt beschließen.

Frau Radner berichtet, dass Anlass der Überarbeitung und Fortschreibung zum einen die Herausforderungen, die die Integration der Flüchtlinge aus der Flüchtlingswelle 2015/2016 mit sich bringt, sowie der stetig wachsende Zuzug von Arbeitsmigranten vor allem aus Südosteuropa und ihren Familien sind.

Die nachfolgende Tabelle aus dem Entwurf des Integrationskonzeptes zeigt dies deutlich:

Stand	Ausländer gesamt	Einwohner gesamt	in % der Gesamt- bevölkerung	Veränderungen der Ausländer- zahlen	Veränderungen der Ausländer- zahlen in %
2018	4.120	30.444	13,53%	203	+5,2%
2017	3.917	30.319	12,92%	140	+3,7%
2016	3.777	30.373	12,44%	266	+7,6%
2015	3.511	30.335	11,57%	639	+22,2%
2014	2.872	29.814	9,63%	36	+1,3%
2013	2.836	29.945	9,47%	230	+8,8%
2012	2.606	29.873	8,72%	290	+12,5%
2011	2.316	29.778	7,78%	187	+8,8%
2010	2.129	29.785	7,15%	32	+1,5%

Quelle: Einwohnermeldeamt Stadt Oelde

Der Großteil der statistisch erfassten ausländischen Personen befindet sich im erwerbsfähigen Alter von 25 bis 64 Jahren, mit insgesamt 2.778 Personen. Im Anschluss daran folgt die Gruppe der Heranwachsenden und jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 25 Jahren (insgesamt 594 Personen). Darauf folgt der Anteil der Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren mit 460 Personen. Das Schlusslicht bilden die Senioren im Alter von 65 bis 105 Jahren, mit derzeit 288 Personen.

Die Ausgangslage für die Integrationsarbeit hat sich in den letzten 10 Jahren enorm verändert.

Die damals angesprochene Zielgruppe fokussierte sich auf Kinder und Jugendliche sowie Familien. Diese Zielgruppe muss aktuell um die Zielgruppe der alleinstehenden Männer erweitert werden, da die demografische Entwicklung hier eine deutliche Veränderung zeigt.

Entsprechend muss darauf bei der Fortschreibung und Neuausrichtung der Integrationsarbeit reagiert werden. Ein erster Schritt dazu wurde bereits in den Etatberatungen 2019 durch Einrichten einer Planstelle ab der zweiten Jahreshälfte für die Integrationsarbeit getan.

Die zur Niederschrift angefügte Präsentation enthält alle in der Sitzung von Frau Radner vorgestellten Tabellen und Erläuterungen (Seiten 9-22 PPT).

Aus dem Bericht von Frau Radner ergeben sich viele Fragen und Anregungen seitens der Sozialausschussmitglieder zum Integrationskonzept. Nachfolgend sind diese aufgelistet, da sie in die Beratungen der Fraktionen als Grundlage für die Fortschreibungsempfehlung einfließen sollen.

Nachfragen der Ausschussmitglieder zur Wohnsituation der Flüchtlinge beantwortet Frau Gröver folgendermaßen:

- Personen im laufenden Asylverfahren werden in den städtischen Unterkünften untergebracht.
- Anerkannte Flüchtlinge müssen dort weiterhin zum Schutz vor Obdachlosigkeit wohnen, weil angemessener Wohnraum in Oelde nur schwer zu finden ist. Die Personen sind in der Regel verpflichtet, für drei Jahre den Wohnsitz in Oelde beizubehalten (Wohnsitzauflage).
- Für die Nutzung des Wohnraums wird keine Miete, sondern auf der Grundlage der Satzung mit Gebührensatzung für Übergangswohnheime eine Benutzungsgebühr von 11,80 €/qm Wohnraum und eine Energie-kostenpauschale von 36 €/Person/Monat erhoben. In die Gebühr fließen sämtliche Kosten der Unterhaltung, Anmietung, Personalkosten etc. ein. Der Ertrag lag 2018 bei rd. 225 Teuro. Zur Wohnfläche zählen Gemeinschaftseinrichtungen wie Küche, Bad, Flure etc. nicht.
- Die Gebühren müssen alle anerkannten Personen und Personen mit eigenem Einkommen entrichten. Bei SGB-II-Beziehern überweist das Jobcenter die Leistungen in der Regel direkt an die Stadt Oelde.
- Die Baugenehmigung für die Holzhäuser am Westrickweg hinter dem Autohaus Gretenkord wurde damals befristet erteilt. Hier arbeitet nach Aussage von Herrn Schmid die Bauordnung an einer Lösung.

Die Anfrage von Herrn Kirsch, warum sich aus dem Kreis Warendorf nur die Stadt Oelde an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“ beteiligt, konnte nicht beantwortet werden. Fakt ist, dass 72 Asylbewerber (= 42 %) zum Kreis der erwerbsfähigen Personen zwischen 18 und 27 Jahren zählen und die Integrationserfolge der Stadt Oelde aus frühzeitiger Sprachförderung und engmaschiger Begleitung aller Flüchtlinge für sich sprechen. Die Erfahrungen und Anregungen sollen v.a. den beteiligten Landesbehörden gegenüber publik gemacht werden. Erhofft wird aus der Landesinitiative eine langfristig gesicherte Finanzierung der anstehenden Integrationsaufgaben. Integration ist ein langwieriger Prozess – das wurde auch im Vortrag von Herrn Dr. Seidel zu TOP 3 deutlich.

Als Anregungen und Handlungsempfehlungen zum Integrationskonzept werden folgende Punkte andiskutiert:

- Herr Bovekamp schlägt vor, die jungen Menschen z.B. in Sportvereinen, der Schule für Musik des Kreises Warendorf und weiteren Vereinen mit aufzunehmen, damit Grenzen überwunden werden. Nur so könne Zuwanderung gelingen. Wünschenswert ist auch eine gemeinsame Wertschätzung im Integrationskonzept, auch im Hinblick auf die Moscheeverbände.
- Frau Radner bestätigt diese Auffassung und weist auf das schöne gemeinsame Fest mit vielen Migrantinnen und Migranten sowie Deutschen im Jahr 2017 hin. Diese Form von Integration steht auf jeden Fall auf der Agenda.

- Frau Diekmann bemängelt die Ressourcenverteilung bei den weiterführenden Schulen. Oftmals erlangen die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nur niedrigere Bildungsabschlüsse.
- Auch wird der Ausbau von Beratungsangeboten für Eltern und Kinder in Kindergärten und Schulen vorgeschlagen.
- Sie regt die „Gründung eines Netzwerkes – Integration“ z.B. für Schulen und den Ausbau von Beratungsangeboten über Eltern und Kinder (Kindergärten, Schulen) an.
- Das Netzwerk „Projekt des Kreises Warendorf „Sprachkurse“ speziell für Frauen und Mädchen über Angebote wie kochen, backen und nähen, Frauen-Elterncafé.

Nachträglicher Hinweis der Verwaltung zur Sitzung:

Die Kommunale Koordinierungsstelle des Kreises Warendorf „KAoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“, eingerichtet beim Schul-, Kultur- und Sportamt des Kreises Warendorf hat zum Fachtag am 24.02.2018 für die Studien- und Berufswahlkoordinatoren und die Akteure im Übergang Schule und Beruf eine Übersicht über alle Fördermöglichkeiten für die Beratung erstellt.

Ein monatlicher Newsletter der Koordinierungsstelle speziell für Neuzugewanderte wendet sich an Beratungsstellen und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsbetreuung/Integrationsarbeit.

Kontakte zum Netzwerk bestehen bereits über den Arbeitskreis Integration des Kreises Warendorf und sollen ausgebaut werden.

Frau Radner soll Aufgaben einer Controllingstelle im Integrationsprozess übernehmen.

Wie sieht es mit den Zuwanderern aus Südosteuropa mit ihren Familien aus? Hier soll eine gelingende Integration möglichst zeitnah mit den Arbeitsmigranten und deren Familien aufgebaut werden. Dieser Personenkreis verfügt meistens über Erwerbseinkommen und erhält keine staatlichen Mittel, z.B. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder SGB II. Diese Menschen bleiben daher häufig unter sich. Einzelpersonen kann man nur schlecht erreichen, über Familien kommt man früher an diesen Personenkreis.

Frau Radner bestätigt, dass der frühzeitige Zugang zu diesem Personenkreis das Hauptproblem darstellt und Wege dafür gesucht werden müssen.

Herrn Kirsch erscheint die Verbindung der Leitziele mit den zentralen Handlungsfeldern nicht deutlich genug. Insbesondere habe er wahrgenommen, dass den Themen Sprachentwicklung und Spracherwerb der höchste Stellenwert im Zuge der Integration beigemessen werden, diese sich aber in den Leitzielen nicht wiederfinden. Eine neue Erhebung sei dazu nicht notwendig, mit dem vorhandenen Wissen ließe sich das Thema integrieren.

Frau Radner bestätigt den Stellenwert des Spracherwerbs, der allen Migranten bewusst gemacht werden müsse. Gute Beispiele sind etliche syrische Flüchtlinge, die sehr gute Erfolge beim Spracherwerb, ihrer beruflichen Qualifikation und allgemeinen Integration erzielt haben.

Alle Erfolge sollen auch an die Osteuropäer herangetragen werden. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Herr Bovekamp schlägt vor „Behinderte und Demenzkranke“ mehr in den Fokus zu setzen. Nach Ansicht von Herrn Schmid ist der Einbezug dieses Personenkreises sicherlich notwendig, ist aber an dieser Stelle nicht richtig positioniert.

Frau Meinders-Köpers vermisst eine bessere und gezielte Förderung der Frauen. Kochen, Nähen, Cafébesuch für Migrantinnen. Kinderbetreuung sind ihres Erachtens nicht der richtige Weg.

Frau Gröver entgegnet, diese Angebote seien die „Türöffner“ für Frauen und Kinder, das das häufig ausgeprägte patriarchalische Familienbild eine erste Ansprache nur über diesen Weg möglich mache.

Integrationserfolge lassen sich nur durch persönliche Ansprache evtl. (ehrenamtliche) Mentorenprogramme erzielen, so Frau Radner. Wer nicht ankommen und sich integrieren will, sei verloren.

Nach der angeregten Diskussion schlägt Herr Schmid vor, das Integrationskonzept fortzuschreiben und dem Hauptausschuss und Rat weiter zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, das Integrationskonzept unter Einbeziehung der Anregungen des Sozialausschusses in den Fraktionen zu beraten und fortzuschreiben. Dem Hauptausschuss und Rat soll das Integrationskonzept der Stadt Oelde zur Beschlussfassung vorgelegt werden und die Verwaltung beauftragt werden, die Handlungsempfehlungen aus der Fortschreibung umzusetzen.

7. Sachbericht SGB XII, 2018 Vorlage: M 2019/500/4245

Frau Gröver berichtet, dass an dieser Stelle wie in den Vorjahren eine Übersicht zu den Fallzahlen im SGB XII – 3. Kap. Sozialhilfe und 4. Kap. Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller Erwerbsminderung erfolgt. Der Aufwand für diese Sozialleistungen wird nicht im städtischen Etat abgebildet, sondern erscheint als Gesamtsumme aller Aufwendungen im Kreishaushalt. Dabei sind Aufwendungen für die Sozialhilfe (3. Kap.) SGB XII aus kommunalen Mitteln zu erbringen, d.h. steigende Aufwendungen hier können zu Mehraufwendungen in der Kreisumlage führen. Aufwendungen für die Grundsicherung nach dem 4. Kap. SGB XII werden inzwischen aus Bundesmitteln an den Kreis erstattet.

Leistungen nach dem 3. Kap. SGB XII erhalten v.a. alleinstehende Personen, die vom Jobcenter nach längerfristiger Erkrankung (d.h. mehr als 6 Monate mit der gleichen Diagnose) als vorübergehend nicht erwerbsfähige Personen in die Sozialhilfe überstellt werden, da sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und dadurch für das Jobcenter auch in Qualifizierungsmaßnahmen nicht vermittelbar sind.

Im 4. Kapitel liegen die Fallzahlen in Oelde im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verglichen mit anderen kreisangehörigen Kommunen zwar relativ niedrig, jedoch steigen diese kontinuierlich an. Niedrigere Rentenansprüche aufgrund „gebrochener Erwerbsbiografien“ (längere Arbeitslosigkeit und Bezug von SGB II-Leistungen) und ein sinkendes Rentenniveau werden diesen Trend in den kommenden Jahren fortführen. Weiter verschärfend wird sich der Renteneintritt der kommenden geburtenstarken Jahrgänge auswirken.

Durch Änderungen im Bundesteilhabegesetz (BTHG) werden die Fachleistungen der Eingliederungshilfe und die existenzsichernden Leistungen in der stationären Eingliederungshilfe ab 01.01.2020 getrennt bewilligt. Das bedeutet für diesen Personenkreis, dass die Fachleistungen weiterhin der Landschaftsverband Westfalen-Lippe bewilligt, Leistungen für den Lebensunterhalt (3. und 4. Kap. SGB

XII) müssen nach der Delegationssatzung im Kreis Warendorf dann bei den Kommunen beantragt werden. Ab Januar 2020 führt diese Regelung in Oelde zu ca. 60 Neu-Fällen in der Grundsicherung.

Fallzahlen und Kosten SGB XII 3. und 4. Kapitel jeweils zum Stichtag 31.12.

	3. Kap. SGB XII = Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII = Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller EU*	3. Kap. SGB XII = Sozialhilfe	4. Kap.SGB XII = Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller EU*	
	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 12/12	Fallzahlen Fälle/Personen Stand 12/12	Ausgaben in Euro	Ausgaben in Euro	Gesamt- Ausgaben In Euro
2014	20/21	162/185	120.845	833.076	953.921
2015	22/26	163/187	136.515	820.377	956.892
2016	34/35	167/190	227.625	849.346	1.076.971
2017	34/34	183/208	322.120	1.024.316	1.347.096
2018	31/31	195/222	273.600	1.008.792 (über 65J = 445.535 € unter 65 J = 563.257€)	1.282.392

Frau Horstmann ergänzt, dass der Hinweis auf Grundsicherung der Rentenmitteilung bei niedrigeren Renten immer beigefügt ist, sodass die Information über Grundsicherung ausreichend ist.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8. Verschiedenes

8.1. Mitteilungen der Verwaltung

- Frau Gröver berichtet, dass zur Verbesserung der Barrierefreiheit zentraler Punkt der Sozialraumanalyse im Oelder Süden die Querung an der Langen Straße/Vicarie-Platz sowie im Innenhof des Rathauses Anlass zu Verbesserungen war. Diese Maßnahmen werden vom Fachbereich Tiefbau derzeit umgesetzt.
- Frau Gröver berichtet, dass das Projekt „Nette Toilette“ dem Gewerbeverein vorgestellt wurde und dort auf Interesse gestoßen ist. Gespräche über die Umsetzung führt das Citymanagement. Geschäfte, die sich an diesem Projekt beteiligen, sind an einer Plakette erkennbar. Für die Toilettennutzung durch Besucher erhalten die Geschäfte eine Entschädigung der Stadt.
- In diesem Zusammenhang bemängelt Frau Horstmann, die schlechte Ausstattung mit barrierefreien Toiletten im Stadtbereich. Auch sei die Behindertentoilette an der Polizei ständig verschmutzt..
- Herr Zurbrüggen fragt an, ob Baumaßnahmen durch den Masterplan evtl. zurückgestellt werden müssten. Hierzu konnte keine Antwort gegeben werden.
- Frau Stephien teilt mit, warum die Mobilitätsumsetzung noch nicht erfolgt ist, die für Februar 2019 vorgesehen war. Hierzu konnte keine Antwort gegeben werden.
- Am Samstag, 23.3.2019 findet im Café „Heinrichs“ in Oelde-Stromberg ein Dankeschön-Frühstück für die Flüchtlingshelfer statt. Der Bürgermeister hat hierzu eingeladen.
- Frau Gröver weist darauf hin, dass im Rahmen des Projektes „Besser jetzt“ -gut beraten ins Alter“ am Mittwoch, 27.3.2019 der Vortrag von Frau Helga Wemhöner zum Thema „Alt – Einsam? Eine individuelle und soziale Herausforderung im Raum 2 der VHS erfolgen wird.
- Warum Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung Sinn machen? Dieser Vortrag findet am 09.04.2019 im Raum 1 der VHS Oelde-Ennigerloh statt.
- Am 06.04.2019 befindet sich auf dem Vicarie-Platz/Lange Straße eine Ausstellung zum Thema „Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land NRW“ statt. Neben einer Abordnung der Staatskanzlei Sport und Ehrenamt werden auch ehrenamtliche Mitglieder des Oelder SeniorenForums daran teilnehmen.
- Am 06.09.2019 soll wieder eine Stadtrundfahrt für SeniorInnen angeboten werden. Der Abschluss findet im Festzelt des St. Hubertus Schützenvereins statt, der an diesem Wochenende sein Jubiläum feiert.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8.2. Anfragen an die Verwaltung

Beschluss: Es gibt keine Anfragen.

